

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Erst der hybride Krieg, dann die Beweise?](#)
2. [Die Vertrauensfrage](#)
3. [Der Kanzler macht Wahlkampf für die AfD](#)
4. [Brüssel schlägt es die Sprache](#)
5. [Was ich im August 2026 alles nicht kommentiert habe](#)
6. [Wer soll das bezahlen?](#)
7. [Kassen-Verband warnt: Pflegeversicherung im Oktober zahlungsunfähig](#)
8. [Wohnungs-Booster: Neuer Fördermechanismus für günstiges Bauen effektiver als Bundesbaugesellschaft](#)
9. [Der neue deutsche Osten](#)
10. [Atomare Zeitenwende? Redebeitrag von Claudia Haydt in Freudenstadt am 09.08.2026 anlässlich der Kundgebung - 81 Jahre Hiroshima Nagasaki](#)
11. [Ben-Gvir „stolz“ auf schlechte Haftbedingungen in Israel](#)
12. [Der größte Raub: Venezuelas Öl und ein Imperium im Niedergang](#)
13. [Chinas Muskelspiel im Hintergrund](#)
14. [Entsorgte Symptomträger](#)
15. [Gedanken eines Dresdner Montagsspaziergängers: Uns bleibt nur die Straße ...](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Erst der hybride Krieg, dann die Beweise?**

Wie aus einem ungeklärten Anschlagsversuch die Begründung für den Umbau der

inneren Sicherheit wird [...]

Nun ist eine Abschreckungsdrohung, die ihren Adressaten nicht nennt, nach außen wirkungslos. Wer nicht angesprochen wird, muss sich nicht angesprochen fühlen. Ihre Wirkung entfaltet sie dort, wo das Publikum ohnehin weiß, wer gemeint ist. [...]

Bemerkenswert ist, womit die Bundesregierung ihre Abschreckungsankündigung unterlegt. Als wichtiges Ziel des Vorhabens nannte Merz in Neuhardenberg das Gesetzespaket zu den Nachrichtendiensten, das das Kabinett am 12. August beschlossen hatte.

Die angekündigte Antwort auf einen äußeren Angriff mit unbekanntem Urheber ist also ein Inlandsgesetz. Auf über siebenhundert Seiten erhalten Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz erstmals aktive Eingriffsbefugnisse. Der BND soll in IT-Systeme etwa von Drohnenfabriken eindringen dürfen, um die Fertigung zu sabotieren, Server von Hackergruppen und Desinformationsakteuren abschalten, Warenlieferungen manipulieren. Erhobene Daten darf er sechs Monate ungesichtet speichern, Metadaten bis zu zwölf. Das Kanzleramt nennt es die grundlegendste Reform der Dienste seit ihrem Bestehen.

Entscheidend ist der Zeitpunkt. Der Entwurf lag Anfang Juli öffentlich vor, vier Wochen vor Leipzig. Der Anschlagversuch hat dieses Gesetz nicht ausgelöst. Er hat ihm das Fenster geöffnet.

Quelle: [Arno Gottschalk auf Blog der Republik](#)

2. **Die Vertrauensfrage**

Friedrich Merz ließ bereits vor der Bundestagswahl prüfen, wie sich mit dem noch amtierenden Parlament nach der Wahl das Grundgesetz ändern ließe. Seither entsteht eine neue deutsche Sicherheitsordnung: Mehr schuldenfinanzierte Verteidigungs- und Ukraineausgaben, gemeinsame Rüstungsproduktion, Gefechtsdaten und militärische KI, neue operative Befugnisse für die Nachrichtendienste und eine langfristige Bindung an den Konflikt mit Russland. Über diese strategische Neuordnung Deutschlands wurde nie als Ganzes abgestimmt.

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu auch: **25 Jahre Putins Bundestagsrede - eine verpasste Chance auf Frieden**

Zum anstehenden 25. Jahrestag des Auftritts des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Deutschen Bundestag erinnert Bernd Langeder an Russlands Versuche einer friedlichen Annäherung an Europa. Ein Nachruf auf eine verpasste historische Chance. (...)

Am 25. September 2026 ist ein Vierteljahrhundert vergangen, als der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, seine Gedanken zu einer Neuordnung

Europas, einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zukunft und zur Gestaltung einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in Europa im Parlament Deutschlands ausgesprochen hatte:

Quelle: [RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut:

- a. [Russlands Präsident hat schon 2001 im Deutschen Bundestag angeboten, die Potenziale Russlands mit denen der anderen Teile Europas zu vereinigen](#)
- b. [Von „Anhaltender Beifall. Die Abgeordneten erheben sich“ zum „Aber der Putin“](#)
- c. [„Aber der Putin“ – ein gutes Beispiel für die geradezu umfassenden Manipulationsmöglichkeiten](#)

3. **Der Kanzler macht Wahlkampf für die AfD**

Weder mit seiner Art noch mit seiner Wirtschaftspolitik kann Friedrich Merz der rechten Konkurrenz etwas entgegensetzen. Im Gegenteil – er stärkt sie. (...)

Mit seiner Wirtschaftspolitik hilft der Kanzler der AfD beim Wahlkampf. Dabei wollte er die Rechtsextremen einst halbieren. Doch dafür hätte er in Geschichte aufpassen müssen. Denn immer, wenn in Krisenzeiten gespart wird, stärkt das rechtsextreme Parteien.

So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung berechnet, wie die Sparmaßnahmen von Hungerkanzler Heinrich Brüning einst den Aufstieg der NSDAP begünstigten. Und auch die jüngere Geschichte sollte der Politik ein abschreckendes Beispiel sein: Als zum Beispiel die Troika Gläubiger Griechenland während der Eurokrise zu harten Sparmaßnahmen zwang, konnten auch die Faschisten der Goldenen Morgenröte große Wahlerfolge feiern.

Was Merz nicht kapiert: Es geht den Menschen nicht in erster Linie ums Wirtschaftswachstum. Es geht ihnen darum, was bei ihnen ankommt, ob sie Angst haben müssen, etwas zu verlieren.

Quelle: [Simon Poelchau in der taz](#)

Anmerkung Christian Reimann: Es ist interessant so einen Kommentar in der „taz“ zu lesen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob er veröffentlicht werden würde, wenn die Grünen an der Merz-Regierung beteiligt wären. Erinnert sei daran, dass die Grünen in Regierungszeiten nahezu jeden Sozialabbau (Agenda 2010, „Hartz“-Gesetzgebung, Leiharbeit und Niedriglohnsektor) mitgetragen haben. Wer genau soll denn nun die oder doch eher „unsere Demokratie“ retten? Das verrät der Kommentator leider nicht.

dazu: **Debatte über Sozialreformen: 81 Prozent der Erwachsenen sorgen sich um ihre Absicherung, 42 Prozent schränken Konsum ein**

Die Debatte über Sozialreformen, die von Seiten vieler Politiker*innen oder Wirtschaftsvertreter*innen vor allem als Debatte über Einschnitte bei gesetzlicher Kranken- und Pflegeversicherung, bei der Rente oder der Bezahlung im Krankheitsfall geführt wird, hat die große Mehrheit der Menschen in Deutschland verunsichert. Rund 81 Prozent machen sich deshalb einige oder sogar große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung – längst mit konkreten Folgen: Als Konsequenz dieser Debatte schränken rund 42 Prozent ihre Konsumausgaben ein, was der Konjunktur in Deutschland wichtige Impulse entzieht. Zudem belastet die Debatte das Vertrauen der Menschen in die Regierung, insbesondere bei jenen mit großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Das ergibt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung auf Basis einer repräsentativen Befragung.

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

dazu auch: **Merz meidet große Bühnen - und Schulze meidet Merz**
Pfiffe in Kühlungsborn, abgesagte Auftritte in Sachsen-Anhalt: Der Kanzler kämpft mit Gegenwind. Ministerpräsident Schulze geht demonstrativ auf Distanz zur Bundesregierung.

Quelle: [FR Online](#)

4. **Brüssel schlägt es die Sprache**

Betretenes Schweigen in der Europäischen Kommission, lautes Bedauern im Europaparlament: Der Ausgang der Volksabstimmung in Island hat die EU kalt erwischt. Brüssel hatte auf eine neue Beitritts-Dynamik gehofft. „2026 könnte zum Rekordjahr für die EU-Erweiterung werden“, frohlockte Erweiterungs-Kommissarin Marta Kos letzte Woche. Neben Island stehen auch Montenegro, Serbien, die Ukraine und Moldau auf ihrer Prioritätenliste.

Nun müssen die EU-Politiker erkennen, dass es mit der Begeisterung für ihren Club doch nicht so weit her ist. Manch einer fühlt sich sogar an den Brexit erinnert. Auch beim britischen Referendum 2016 hatten die Europäer bis zuletzt auf ein „Ja“ gehofft. Ähnlich wie in Island war die Stimmung erst auf den letzten Metern gekippt. Das Endergebnis aus Reykjavik kam für Brüssel so überraschend, dass es vielen die Sprache verschlug. Der EU-Kommission war zunächst gar kein Statement zu entlocken. Man wolle die Pressekonferenz der isländischen Regierung abwarten, erklärte ein Kommissionssprecher. Erst danach wollte sich die Brüsseler Behörde äußern.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

Anmerkung Christian Reimann: Nicht wundern würde es, wenn bald der Ruf nach

einer erneuten Wahl zu hören wäre. Es wäre nicht das erste Land, das ein weiteres Mal über eine Entscheidung zugunsten der EU abstimmen lassen würde.

5. **Was ich im August 2026 alles nicht kommentiert habe**

Hat sich im August die Welt geändert? Ich glaube nicht. Es herrschte die ganz normale Konfusion. Der Bundeskanzler war zwar im Urlaub, aber das hat den Konfusionsindex nur wenig gesenkt. Zu Anfang des Monats hat man viel über die Rente geredet, zum Ende hin eher über die amerikanischen Schulden. Zu beidem war nichts zu hören, was uns einen Schritt weitergebracht hätte. Der veröffentlichte Geist weigert sich beharrlich, seine Kleingeistigkeit abzulegen. Einmal schwäbische Hausfrau, immer schwäbische Hausfrau.

Dazu passt, dass einer der Herausgeber der FAZ schrieb: „Grundlegende ökonomische Zusammenhänge gelten unabhängig vom jeweiligen geopolitischen Regime und vom jeweiligen Zeitgeist.“ Da hat er Recht. Und sie gelten sogar völlig unabhängig vom engen und ideologisch schwer verzerrten Geist der FAZ!

Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist nicht viel zu sagen. Still ruht der See, schrieb die FAZ dazu und hier hat sie ausnahmsweise wirklich einmal Recht. Alles ist flach, nur die Aufschwungsphantasie im Statistischen Bundesamt hat neue Höhen erreicht.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

6. **Wer soll das bezahlen?**

Der demokratische Kapitalismus steckt in der Polykrise – Bahn, Schulen und Wohnungen verfallen, weil der Staat pleite ist. Brandmauern gegen die AfD ändern daran wenig. Es braucht nicht einfach eine Offensive gegen rechts, sondern auch gegen das Kapital.

Was ist gemeint, wenn gesagt wird, dass wir uns in einer »Polykrise« befinden? Alle Staaten des immer weniger demokratischen Kapitalismus sind heute mit einem ähnlichen Bündel von mehr oder weniger im Stillen aufgewachsenen Krisen konfrontiert. Ihnen zugrunde liegt eine lange schwärende, nunmehr endgültig ins Tageslicht ausgebrochene Finanzkrise des Staates, bei der wachsende Anforderungen des sich entwickelnden Kapitalismus an die Gesellschaft auf eine sinkende Fähigkeit demokratischer Politik stoßen, sich die für deren Bedienung benötigten Finanzmittel zu beschaffen. Eine der Folgen ist ein bemerkenswert paralleler Aufstieg in allen einschlägigen Ländern von neuartigen staatskritischen Oppositionsparteien, die die alt gewordenen Staatsparteien der Nachkriegszeit von der Macht zu verdrängen drohen.

Quelle: [Wolfgang Streeck auf Jacobin](#)

7. **Kassen-Verband warnt: Pflegeversicherung im Oktober zahlungsunfähig**

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Pflegeversicherung ist deutlich dramatischer als

bisher bekannt: Wie bereits zum Jahreswechsel 2024/25 droht erneut die Zahlungsunfähigkeit. „Nach unseren jetzigen Berechnungen werden die Mittel der Pflegeversicherung voraussichtlich im Oktober aufgebraucht sein“, sagte der Vorstandschef des Spitzenverbandes der Krankenkassen, Oliver Blatt, am Montag in Berlin. „Dann ist das Ende der Fahnenstange erreicht und die Einnahmen werden nicht mehr reichen, um die Pflegeleistungen voll zu finanzieren“, betonte er. Bis zum Jahresende sei schätzungsweise eine halbe Milliarde Euro nötig, um die Funktionsfähigkeit der Pflegeversicherung zu sichern.

Quelle: [RND](#)

8. **Wohnungs-Booster: Neuer Fördermechanismus für günstiges Bauen effektiver als Bundesbaugesellschaft**

Im Kampf gegen die Wohnungsnot wird diskutiert, eine zentrale Bundeswohnungsbaugesellschaft einzurichten. Die Bundesregierung hat bei ihrem Koalitionsgipfel Anfang Juli eine Initiative dazu angekündigt, konkrete Ministeriums-Konzepte werden für die allernächste Zeit erwartet. Eine Bundeswohnungsbaugesellschaft soll im großen Stil für ein eigenes Portfolio Wohnungen bauen oder bauen lassen, also über die Jahre zu einem bundesweiten Großanbieter für günstige Wohnungen aus eigenem Besitz werden. Zur Ausgestaltung kursieren bislang zwei Konzepte: Entweder eine Wohnungsbaugesellschaft als reines Staatsunternehmen oder als Staatsunternehmen mit privater Beteiligung. Für eine derartige Öffentlich-private-Partnerschaft (ÖPP) wirbt etwa der private Großvermieter Vonovia. Doch beide Varianten „bergen große verfassungsrechtliche Risiken“, weil die Zuständigkeit für Wohnungsbau laut Grundgesetz nicht beim Bund, sondern bei den Bundesländern liegt, warnt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung in einer neuen Studie.

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

9. **Der neue deutsche Osten**

Historiker erheben gravierende Vorwürfe gegen ein aktuelles Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Erinnerungspolitik. Wie es in einer Stellungnahme des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VDH) heißt, fokussiert das neue Gesetz zu der offiziösen Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, das Mitte August in den Bundestag eingebracht worden ist, das komplexe Geschehen der Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg „auf das Leid der Deutschen“, verdrängt die nötige Einordnung in den historischen Kontext – nämlich den deutschen Vernichtungskrieg in Ost- und Südosteuropa – und schafft so „ein selbstbezügliches nationales Narrativ“, wie es bislang vor allem von den Vertriebenenverbänden gepflegt werde. Dies gefährde Bemühungen um die „Versöhnung“ vor allem mit Polen und Tschechien. Die Neufokussierung wird öffentliche Breitenwirkung erzielen, weil sie

unmittelbare Auswirkungen auf eine Dauerausstellung hat, die die Stiftung im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung an zentralem Ort in Berlin unterhält. Sie geht mit einer Neuauflage der alten, Berliner „Deutschtums“-Politik gegenüber Minderheiten in Osteuropa und Zentralasien einher.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

10. **Atomare Zeitenwende? Redebeitrag von Claudia Haydt in Freudenstadt am 09.08.2026 anlässlich der Kundgebung - 81 Jahre Hiroshima Nagasaki**

„Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg“ dieser Schwur von Buchenwald scheint heute wichtiger denn je. Er mahnt uns genauso wie der Artikel 9 der japanischen Verfassung der festhält: „Ein Recht des Staates zur Kriegführung wird nicht anerkannt.“

Doch leider steht der japanische Grundsatz genauso unter Druck wie das Friedensgebot im Grundgesetz.

Wir leben in einer Zeit der absurden Gleichzeitigkeiten.

Merz forderte Anfang 2025: „Whatever it takes“ für die Aufrüstung der Bundeswehr zur stärksten Armee Europas. Bis 2029 wird sich der Militäretat im Verhältnis zu 2024 verdoppelt haben. Im Verhältnis zu 2018 sogar mehr als vervierfacht. Gleichzeitig stehen die Kommunen landauf landab vor dem Kollaps.

Quelle: [IMI Online](#)

11. **Ben-Gvir „stolz“ auf schlechte Haftbedingungen in Israel**

Der rechtsextreme israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir hat in einem Video damit geprahlt, die Bedingungen für palästinensische Häftlinge verschlechtert zu haben.

„Die Ferienlager in den Gefängnissen sind vorbei“, sagte Ben-Gvir in der heute von ihm veröffentlichten Aufnahme, die ihn beim Besuch einer Frauenhaftanstalt zeigt. Der Minister reagierte darin auf die Beschwerde einer Insassin und verwies auf die Behandlung der israelischen Hamas-Geiseln im Gaza-Krieg.

Quelle: [ORF](#)

12. **Der größte Raub: Venezuelas Öl und ein Imperium im Niedergang**

65 Milliarden Barrel Rohöl, ein entführter Präsident und ein Imperium im Niedergang. etos.media-Redakteur Jakob Reimann beschreibt in seinem Kommentar die historische Dimension eines Raubzugs mit Billionenpotenzial.

Nun haben sie es endlich geschafft: Die herrschende Klasse in den USA hat sich einen bedeutenden Teil des venezolanischen Erdöls geraubt. Zumindest, wenn man ihrem Erfüllungsgehilfen im Oval Office Glauben schenken mag: „Trump sagt, die USA werden die Kontrolle über 65 Milliarden Barrel venezolanischen Öls übernehmen“, titelte die Financial Times am späten Freitagabend. Dieser Raub umfasst potenziell mehrere Billionen US-Dollar, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten umgesetzt

werden könnten.

Quelle: etos.media

dazu: **Was wir über das Ölgeschäft zwischen Venezuela und den USA wissen**

Donald Trump verkündet den »größten Öldeal der Weltgeschichte« - und behauptet, nun Teile der venezolanischen Ölindustrie zu kontrollieren. Stimmt das? (...)

Interimspräsidentin Delcy Rodríguez begrüßte den Deal öffentlich und erklärte, er werde der Staatskasse 209 Milliarden Dollar einbringen. Sie rechne mit einer deutlichen Produktionssteigerung durch die Erschließung von 17 strategisch wichtigen Ölfeldern.

»Diese Investitionen werden nicht nur zur Erholung und Modernisierung unserer Industrie beitragen, sondern auch zum Wirtschaftswachstum unseres Landes, zur Energiesicherheit unserer Hemisphäre und zu einem besseren Gleichgewicht auf den internationalen Märkten«, erklärte sie. US-Außenminister Marco Rubio schrieb parallel im Onlinedienst X, die Vereinbarung werde Venezuela fast 100 Milliarden Dollar (85,8 Milliarden Euro) an privaten Investitionen bringen. Rubio erklärte, der Deal bedeute für Venezuela »Tausende gut bezahlte Jobs« und einen Beitrag zum »Wiederaufbau von Venezuelas Wirtschaft«.

Experten und Analysten melden aber Zweifel an, dass das realistisch ist.

Quelle: [Zeit Online](https://www.zeitonline.de)

Anmerkung Christian Reimann: [*Trumps Venezuela-Deal - in der EU sollten die Alarmglocken schrillen.*](#)

13. **Chinas Muskelspiel im Hintergrund**

Das seit Sonntag bis Freitag stattfindende Gipfeltreffen des Pazifischen Inselforums wird sich neben dem Klimawandel auch intensiv mit China beschäftigen. Einerseits herrscht Uneinigkeit der teilnehmenden Staaten über eine Verurteilung eines chinesischen Raketentests vom Juli in der Region. Andererseits macht China gegen Taiwan mobil und damit Druck auf das Forum. Auch wächst die Sorge vor einer weiteren Militarisierung der Region.

Quelle: [ORF](https://www.orf.at)

14. **Entsorgte Symptomträger**

Begleiteter Suizid soll Leid vermeiden — auf die Spitze getrieben ist er aber die Verführung zu sozialverträglichem Fröhableben.

Ist es besser, am Leben zu sein oder tot? Schon William Shakespeare setzte sich mit dieser Frage auseinander. Glaubt man seinem Helden Hamlet, hält nur die radikale Unsicherheit über das „Danach“ viele Menschen im Leben fest. Weil „wir die Übel, die wir haben, lieber ertragen als zu unbekannten fliehn“. Ein Zeitgeist, der sich um ein

Jenseits wenig schert, und Gesetze, die in vielen Ländern in Kraft traten, haben aus legalem „begleitetem Suizid“ in den letzten Jahren ein Trendthema gemacht. Viele sehen darin einen Humanitätsfortschritt. Selbstbestimmt könnten unheilbar Kranke ihrem Leid ein Ende setzen. Eine wachsende Zahl von Menschen macht davon Gebrauch. Doch zum niedrigschwelligen Angebot gemacht, birgt die Todesspritze ihre Tücken. Die Sozialsysteme könnten sich auf diese Weise teurerer Kostgänger entledigen wollen. Und anstatt Kranken zu einem würdigen Leben zu verhelfen, assistiert die Gesellschaft ihnen mit zunehmender Leichtfertigkeit beim Sterben.

Quelle: [Manova](#)

15. **Gedanken eines Dresdner Montagsspaziergängers: Uns bleibt nur die Straße**

...

Zwischen DDR-Erfahrung, wachsendem Misstrauen in die Politik und wirtschaftlichen Unterschieden: Warum die Protestkultur im Osten Deutschlands so ausgeprägt ist. Der Osten ist anders. Oder dem Titel eines Films von Wolfgang Buck, in dem zwei Westdeutsche nach der Wende durch den „Wilden Osten“ reisen, folgend: „Wir können auch anders ...“ Eine Facette dieses Andersseins ist die Protestkultur: direkt, undiplomatisch, selbstbewusst, naiv, manchmal subtil und witzig, manchmal roh und unverfroren, auf jeden Fall mit deutlich kürzerer Zündschnur als im Westen. Ja, ob Pegida, die Coronaproteste oder die heutigen Montagsproteste: Die Ostdeutschen treibt es schneller aufs Straßenpflaster als ihre westdeutschen Landsleute. Aber woran liegt das?

Sind sie schlichtweg der Demokratie verdrossen, wie da und dort gern mal propagiert wird? Mit Sicherheit nicht, ganz im Gegenteil.

Quelle: [Ostdeutsche Allgemeine](#)